

Annoncen  
Annahme-Direktors  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Mr. 260.

Donnerstag, 13. April.

Nachrichten-Direktorat  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, Königsberg,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei C. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Adolph Kosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

1882.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Amtliches.

Berlin, 12. April. Der badische Geheimer Rath Professor Dr. Grashof in Karlsruhe ist auf die Dauer von fünf Jahren zum beauftragten Mitglied der kaiserlichen Normal-Archiv-Kommission ernannt worden.

Der bisherige Regierungs-Sekretär Eggebrecht aus Potsdam ist zum Geheimen revidirenden Kalkulator bei dem Rechnungshofe des deutschen Reichs ernannt worden.

Der praktische Arzt Dr. med. Döring ist mit Belassung des Wohnsitzes in Lützen zum Kreis-Wundarzt des Kreises Merseburg ernannt worden.

Der Vorsteher des Westfälischen Landgestüts zu Warendorf, Mittmeister a. D. v. Heufer, des Oberschlesischen Landgestüts zu Rosel, Mittmeister a. D. Freiherr v. Knobelsdorff, des Litauischen Landgestüts zu Rastenburg, Lens, des Litauischen Landgestüts zu Sudauen, Mittmeister a. D. Kalau von Hofe, sowie des Schleswig-Holsteinischen Landgestüts zu Traventhal, Mittmeister a. D. Briegleb, sind zu Gesetz-Direktoren ernannt worden.

Die bisherigen Regierungs-Sekretariats-Assistenten Bos aus Frankfurt a. D. und Bierot aus Stettin, sowie der bisherige Eisenbahn-Güterexpeditant Krohne aus Berlin sind zu Geheimen revidirenden Kalkulatoren bei der königlichen Ober-Rechnungskammer ernannt worden.

## Politische Uebersicht.

Posen, den 13. April.

Mit der gestern stattgehabten Wiedereröffnung der Sitzungen des Bundesrathes beginnen mit aller Macht die Vorbereitungen zu der neuen Reichstagssession, als deren Arbeitspensum die Tabakmonopolvorlage, das Unfallversicherungsgesetz und die Abänderung der Gewerbeordnung erscheinen. In ungefähr 14 Tagen muß der Bundesrat sich über diese umfangreichen Vorlagen schließlich gemacht haben, wenn dieselben dem Reichstag rechtzeitig zugehen sollen. Derselbe wird, wie die „Provinzial-Korrespondenz“ in Bestätigung früherer Angaben mittheilt, in den letzten Tagen des April einberufen werden, und es wäre nebenbei bemerkt an der Zeit, den genauen Termin bald bekannt zu machen, damit die durch eine neue lange Session hart in Anspruch genommenen Abgeordneten sich wenigstens rechtzeitig mit ihren sonstigen Geschäften einrichten können. Schwierigkeiten wird im Bundesrat wohl nur die Tabakmonopolvorlage machen. Indessen wird auch an der Annahme dieses Gesetzes seitens der Regierungen nicht mehr zu zweifeln sein. Es scheint festzustehen, daß die kleinen Bundesstaaten in Mitteldeutschland insgesamt oder doch fast alle aus finanziellen Kalamitäten und aus Gewohnheit nachzugeben für das Monopol sich haben gewinnen lassen, und daß sich sonach eine Majorität gegen die mittleren und größeren Bundesstaaten bildet, unter denen noch Württemberg ausscheidet und Bayern bis jetzt eine ziemlich unklare Haltung einnimmt. Um so unzweifbarer ist die Ablehnung des Monopols im Reichstag; der weitere Operationenplan des Reichskanzlers nach dieser Ablehnung aber ist das große Rätsel der Zukunft.

Die „Kreuztg.“ hat große Besorgniß, daß die „Nord. Allg. Ztg.“ mit ihrem „Tone unmotivirter Hatzerei“ die schöne klerikal-konservative Koalition, die Bildung einer Majorität auf „christlichem Fundament“ zur Lösung „großer sozialreformatorischer Aufgaben“ stören wolle; sie appelliert von der „Norddeutschen“ an den Fürsten Bismarck, der am 30. November v. J. die Aenderung seiner Ansichten in Bezug auf den Kulturmampf damit motivirt habe, daß er bei einer völlig veränderten Situation nicht „wie ein theoretischer Narr“ dasselbe thun könne, was er früher gethan habe. Von Ende November 1881 bis Anfang April ist für unsere Epoche ein langer Zeitraum; ist es der „Kreuztg.“ nicht eingefallen, daß die Situationen sich bei uns in noch kürzerer Frist zu verändern pflegen?

Die „Germania“ tritt in letzter Zeit mit so großer Entschiedenheit gegen das Tabakmonopol auf, daß man zu der Annahme berechtigt ist, die Partei, deren Organ das Blatt ist, werde in ihrer übergroßen Mehrheit durch ihr Votum diese Haltung ratifizieren. Wir würden dies als ganz sicher in unsere Berechnungen ziehen, wenn wir uns nicht erinnerten, wie schnell sich einst die Stellung des Zentrums in Bezug auf die Getreidezölle änderte. Noch nach der Erklärung der 204 äußerte sowohl die „Germania“ als auch Freiherr v. Schorlemer-Aßt sich entschieden gegen die Getreidezölle, welche von den Unterzeichnern jener Erklärung nicht in Aussicht genommen seien. Es dauerte nicht sehr lange, und die „Germania“ und ebenso Frhr. v. Schorlemer gehörten zu den eifrigsten Befürwortern der Getreidezölle. Die Stimmung gegen das Monopol in den meisten Wahlkreisen, aus denen das Zentrum hervorgegangen, macht freilich eine Schwenkung diesmal weniger leicht.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ drückt zwei Zuschriften von Männern ab, welche die Straßburger Zigarren probirt haben und geneigt sind, denselben so viel Gutes wie möglich nachzusagen. Herr Graf v. Wartensleben-Schwirsen findet, daß der Tabak von der Sorte Nr. 8 an sehr gut, „wenn auch stark!“ ist, „daß aber die Form und Wickelung der

Zigarren dem Norddeutschen (nur diesem?) um so mißfälliger ist, als bei der Kürze derselben, also stets raschem Verbrauch, die Zigarren so fest gewickelt sind, daß sie keine Lust haben, wodurch der Genuss sehr beeinträchtigt wird.“ Ein höherer Militär, der „starken Tabak“ zu lieben scheint, empfiehlt die Sorte „Superbe“ und fügt hinzu: „Die leichteren Sorten sind allerdings weniger empfehlenswert.“ Am Ende haben die Herren beide recht. Bessere Zeugen sind wohl nicht aufzutreiben gewesen.

Nachdem die klerikale Partei unter Führung des Abg. von Hüne in Oberlesiien einen Bauernverein gegründet hat, wird seitens der Konservativen der Versuch gemacht, einen solchen Verein für Mittel- und Niederschlesiien zu Stande zu bringen. Die definitive Konstituierung soll erfolgen, sobald 5000 Mitglieder sich eingezzeichnet haben. Es scheint dazu aber noch wenig Aussicht vorhanden zu sein, obgleich ein vorbereitendes Komitee bereits seit dem Februar thätig ist. Dem konservativen Rittergutsbesitzer geht denn doch ein wesentlicher Theil des Einflusses auf die bäuerliche Bevölkerung ab, dessen der katholische Kaplan, der auch im „Bauernverein“ eine wichtige Persönlichkeit ist, sich erfreut.

Der österreichische Premierminister Graf Taaffe geht in Sachen der Judenfrage mit großer Entschiedenheit zu Werke. Nachdem nun auch Wien zum Schauspiel Platz öffentlicher Diskussionen dieses sozialen Problems gemacht worden ist, soll Graf Taaffe, wie die „Montagsrevue“ berichtet, gemessene Weisungen ertheilt haben, keinerlei Versammlungen zu dulden, in welchen die Judenfrage, sei es hauptsächlich, oder selbst nur nebensächlich, erörtert würde.

Der Pariser Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ berichtet seinem Blatte telegraphisch über ein Gespräch, welches derselbe mit dem zum Botschafter Österreich-Ungarns in St. Petersburg ernannten Grafen Wolkenstein kurz vor dessen Abreise von Paris hatte. Bekanntlich beweckte der jüngste Aufenthalt des Grafen in Paris, die Zustimmung Frankreichs zu der Regelung der Donaufrage zu erlangen. Wie nun aus den von der „N. Fr. Pr.“ mitgetheilten Daten hervorgeht, wäre zwischen Deutschland, Frankreich und Österreich die Frage der unteren Donau geordnet. Im Übrigen müsse man der Zustimmung der übrigen Mächte harren und sich dem hoffentlich günstigen Urtheile der öffentlichen Meinung unterwerfen.

Das spanische Ministerium behauptet sich als Herrscher der Situation in Katalonien. Den in Madrid eingelaufenen amtlichen Telegrammen zufolge dauert zwar der passive Widerstand in Barcelona und den anderen Industriestädten fort; er ist aber in Lerida und Tarragona in der Abnahme begriffen. Eine gewisse Aufregung herrscht unter den Arbeitern von Malaga und Valencia und unter den Steuerpflichtigen von Ober-Arragon, Valencia, Oviedo, Santander und Palma.

Dem „Temps“ wird vom 7. April Abends aus Madrid telegraphiert:

Die Lage hat sich in Katalonien nicht geändert. In Folge der Waffenuhr, welche die letzten Tage der Charwoche und das Osterfest aufzulegen, kann man nicht ermessen, ob die Industriellen noch immer in ihrem Widerstande beharren. Jedenfalls ist nach den Telegrammen der Militärbehörde die öffentliche Ruhe nicht gestört worden. In Madrid machen die Vertreter Kataloniens und der anderen Industriestädte gewaltige Anstrengungen, um zu erwirken, daß die Dauer des Handelsvertrags auf ein Jahr oder auf fünf Jahre beschränkt werde. Sie wollen Zeit gewinnen, indem sie neue Unterhandlungen notwendig machen. Über das Kabinett wird diese Anträge zurückgewiesen. Der Gemeinderath und der Generalrat von Barcelona haben neue Deputationen nach Madrid geschickt. Im Kongreß wird die Opposition gegen den Vertrag nur aus 45 Mitgliedern der Minorität und vielleicht aus 50 Schätzlinern der Majorität bestehen, welche letzteren ankündigen, daß sie die Debatte die ganze Woche hinziehen werden. Das Kabinett zeigt sich viel eher zum Nachgeben geneigt für die Beschwerden gegen gewisse Steuern, als für diejenigen über den Handelsvertrag und das Zollregime.

Ein uns heute zugegangenes Telegramm aus Madrid vom 12. d. meldet, daß der Belagerungszustand nunmehr in ganz Katalonien aufgehoben sei.

Wie die tunesische Affaire eine Zeit lang die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich gespannt erscheinen ließ, drohte die Frage bezüglich der am rothen Meer gelegenen Bai von Assab zu einem Konflikt zwischen Italien und England Anlaß zu geben. An der erwähnten Bai hatte die bekannte italienische Dampfboot-Gesellschaft Rubattino im Jahre 1869 einen Landstrich von 3 Mitglien Länge und 2 Mitglien Breite erworben. Das Eigentum ging später an die italienische Regierung über, welche im Jahre 1879 die Absicht bekundete, aus der Bai von Assab eine große Station für die italienischen und die auswärtigen Dampfer zu machen, sowie selbst ein Emporium für den Handel des rothen Meeres und Abessiniens zu schaffen. Alle diese Pläne wurden selbstredend in England sehr misstrauisch aufgenommen; man glaubte insbesondere darfst an politische Hintergedanken und fürchtete für die eigene Position in Egypten. Der offiziöse „Diritto“ theilt nun in einem „Die Lösung der Assabfrage“ überschriebenen

Artikel mit, daß England, obgleich die Angelegenheit noch keine offizielle Sanktion erhalten habe, der italienischen Regierung das Eigentumsrecht an der Bai und dem Territorium von Assab zugestehe, welche seiner Zeit durch Italiener von den Sultanen Ibrahim von Margabelah und Verehan von Naheta, den absoluten Herrschern dieses am rothen Meere gelegenen Gebietes, gekauft wurden. Der „Diritto“ fügt hinzu, daß Italien gegenwärtig nur noch der offiziellen Anerkennung seines Eigentums von Seiten der Türkei und Egyptens bedürfe. Diesen Mittheilungen gegenüber erscheint die nachstehende telegraphische Meldung aus Rom bemerkenswert, weil dieselbe darauf schließen läßt, daß die Assabfrage keineswegs nummehr als gelöst betrachtet werden darf. Diese Nachricht lautet:

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Kairo vom 9. hätte der egyptische Ministerrath den Vorschlag Englands abzulehnen befohlen, daß durch eine Konvention zwischen Italien und Egypten die Souveränität beider Länder über die Gebiete an der Südwestküste des roten Meeres festgestellt werde. Egypten sei lediglich gewillt, ein Privatübereinkommen mit der Gesellschaft Rubattino abzuschließen. Der diplomatische Agent Italiens habe erklärt, daß die Entschiebung des egyptischen Ministerraths, auch wenn sie eine endgültige sein sollte, keinerlei Einfluss haben könne auf die Entscheidung Italiens, das in Assab eine thätsächlich und rechtlich ganz unbestreitbare Stellung bereits besitze.

Die italienische Regierung hat bisher nichts über die von ihr unternommenen diplomatischen Schritte verlauten lassen. Der Minister des Auswärtigen beabsichtigt jedoch, alle die Assabfrage betreffenden Aktenstücke dem Parlamente zu unterbreiten, falls nicht der soeben aus Kairo gemeldete Zwischenfall eine neue Verzögerung herbeiführen sollte.

Zufolge einem St. Petersburger Telegramm der „N. Fr. Pr.“ hätte das Attentat in Odessa selbst die größten Optimisten im nationalen Lager von der Meinung geheilt, der Nihilistenpartei sei das Haupt abgeschlagen. Die scheinbare Ruhe in Petersburg erklärte sich wohl daraus, daß die Nihilisten ihre energische Thätigkeit in die Provinz verpflanzt haben. Einer der nun hingerichteten obessaer Attentäter soll gehäuft haben, in Odessa seien dreihundert Nihilisten versammelt; hence man zwei von ihnen, dann blieben immer noch 298 übrig. In Moskau rüsten sich, wenn man nach St. Petersburg gebrochenen Melbungen Glauben schenken darf, die Nihilisten gleichzeitig mit dem Hofministerium zur Krönungsfeier.

Kobosew-Bogdanowitsch hatte, erzählt man, in nächster Nähe des Kreml eine Blumenhandlung erworben, von wo aus eine Mine geführt wurde, die bei der Entdeckung bereits fertiggestellt war. Die ausgegrabene Erde soll in der Handlung selbst verkauft worden sein. Der einzige Fortschritt der Regierung im Kampfe gegen die Nihilisten äußerte sich in den häufigeren Verhaftungen der Nihilisten, deren Partei übrigens jetzt mehr als je mit einer Hydra verglichen werden könnte.

Während des Transports nach Sibirien entflohen ihrer Eskorte mehrere Nihilisten, die zu den einflussreichsten Führern ihrer Partei gehören, darunter Schirkatow, Verdnikow und Andrian Michailow. Ferner ist 18 wegen politischer Verbrechen Deportierten die Flucht aus der Stadt Kara in Ost-Sibirien gelungen. In der letzten Hälfte des März sind im Simferopol Kreise zahlreiche Proklamationen der Fraktion „Tscherw-Perejdel“ aufgefunden und in Besitz genommen, die Verbreiter derselben sind jedoch nicht entdeckt. Diese Proklamationen fordern die Bauern auf, den „Grund und Boden, der ihnen gebührt, zu verlangen und sich derselben zu bemächtigen, wenn er ihnen verweigert wird.“

Die panslawistische Presse fällt über Kutusow-Schrift wider Skobjew her. „Er hat einen deutschen Geist“, schreien die einen, und wieder andere sagen: „Gut, daß der Wiss in französischer Sprache geschrieben ist und nur schade, daß ein russischer Name darunter steht!“ Die „Wjedost“ halten Kutusow überhaupt für keinen Russen, er habe nur den Namen eines solchen. Der Autor wird aber den Zeloten bald den Spaß verderben, da er erklärt, daß seine Schrift nächstens in russischer Uebersetzung erscheinen werde.

Zur Frage über die jüdischen Apotheker schreibt der „Regierungs-Anzeiger“:

„In einigen Blättern sind falsche und entstellte Nachrichten über jüdische Apotheker in St. Petersburg und sie betreffende Maßregeln der Administration aufgetaucht. Zur Wahrheit wird mitgetheilt: In Anbetracht des Allerhöchsten Befehls vom 19. Januar 1879 hat der Dirigirende Senat mittelst Utafe vom 30. Mai 1880 und 3. November 1881 erklärt:

1) daß „weder Juden überhaupt, mit Ausnahme der im Art. 17 des Bégses, Forts. v. J. 1876 Bezeichneten (bez. Kaufleute 1. Gilde und Inhaber der gelehrt Grade eines Doktors, Magisters oder Kandidaten) noch im Speziellen jüdische Provisoren Apotheken besitzen oder verwalten dürfen außerhalb der Grenzen des den Juden zu besiedelnden Wohnsitzes angewiesenen Gebietes“ und 2) daß „das Gesuch der jüdischen Apotheker, die Apotheken in ihren Händen zu belassen, auf Grund des Allerhöchsten Befehls vom 19. Januar 1879, nicht Berücksichtigung finden kann, weil in jenem Befehl u. A. jüdischen Pharazeuten nur das Recht zugestanden wird, überall im Reiche zu leben, nicht aber auch irgend welche besondere Handelsrechte gewährt werden.“

folglich auch nicht bezüglich der Unterhaltung und Verwaltung von Apotheken, da in dem Befehl von einem solchen Rechte gar nicht die Rede ist."

"In Folge dessen wurde für nothwendig erachtet, über alle zur Zeit in Petersburg bestehenden Apotheken Erkundigungen einzuziehen, um sich zu vergewissern, ob nicht einige von ihnen von Leuten mosaischen Glaubens unterhalten werden. Aus den gesammelten Daten ergab sich, daß von den 52 Residenz-Apotheken 11 — Juden gehören und darunter zwei von Juden arrendirt sind und drei von jüdischen Provisoren verwaltet werden. In Anbetracht der eben erwähnten Senatsukase wurde es nun für unmöglich erachtet, in Zukunft den jüdischen Provisoren das Recht weiteren Besitzes von Apotheken oder die Verpachtung derselben an solche Personen in der Residenz, ebenso wenig wie die Verwaltung durch sie zu gestatten; aus Nachsicht wurde jedoch im Anlehnung an Ann. 2 zum Art. 243 der Medizinalgesetze, Bd. XIII. des Swods, ihnen eine einjährige Frist zum Verkauf der Apotheken an Personen gewährt, die gesetzlich zur Unterhaltung solcher Anstalten berechtigt sind, unter der Bedingung aber, daß die Verwaltung schon jetzt in andere Hände gelegt würde.

"Diese Verfügung wurde durch die Medizinal-Verwaltung den betreffenden jüdischen Provisoren bekannt gegeben."

Der Theaterzeitung "Souffleur" geht folgende dem St. Petersburger "Herold" "kaum glaublich" dünkende Nachricht aus Moskau zu:

"Dem Entrepreneur des Gartens "Gremitage" in Moskau ging in diesen Tagen die Vorschrift zu, alle Künstler mosaischer Konfession aus seiner Truppe sofort zu entlassen und die mit denselben geschlossenen Kontrakte aufzugeben. Diese Vorschrift erstreckt sich nicht nur auf Choristen, sondern auch auf einige Künstler, die den Kursus im Moskauer Conservatorium beendet haben und dahin bezügliche Diplome besitzen. Herr Lentovskij begab sich zum Generalgouverneur und petitionierte um Aufhebung dieser Vorschrift, wobei er erklärte, er sei bereit, in jeder Beziehung für seine Künstler mosaischer Konfession zu bürgern."

## Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Kranken-Versicherung der Arbeiter.

Wie schon erwähnt, ist dem Bundesrath jetzt der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, dessen Grundzüge aus der Vorlage des Volkswirtschaftsrath bereits bekannt sind, zugegangen. Die Gründung des Gesetzentwurfs soll, wie offiziell mitgetheilt wird, binnen kurzer Frist nachfolgen. Der sehr umfangreiche Entwurf enthält 72 Paragraphen, davon erste zwei zunächst den Versicherungsmaßnahmen feststellen. — § 1 bestimmt, daß alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, auf Werften, in Fabriken und Hüttenwerken, beim Eisenbahn- und Binnendampfschiffahrtsbetriebe, sowie bei Bauten beschäftigten Arbeiter, ferner dienstigen Betriebsbeamten, deren Verdienst an Lohn oder Gehalt durchschnittlich täglich nicht über 6½ Mark beträgt, nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes gegen Krankheit zu versichern sind. Dasselbe gilt 1) von allen im Handwerk gegen Lohn beschäftigten Gesellen und Lehrlingen, 2) von allen Gehilfen und Arbeitern, welche in sonstigen stehenden Gewerbetrieben gegen Lohn und nicht lediglich mit einzelnen vorübergehenden Dienstleistungen beschäftigt werden, soweit sie nicht unter § 2 fallen. § 2 bestätigt: Durch Ortsstatut (§ 142 der Gewerbeordnung) oder durch Besluß der verfassungsmäßigen Organe eines größeren Kommunalverbandes und, soweit auf diesem Wege einem hervortretenden Bedürfnisse nicht abgeholzen wird, durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde können den in § 1 bezeichneten Personen gleichgestellt werden: 1) Handlung-Gehilfen und -Lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, 2) Personen, die in anderen als den in § 1 bezeichneten Transportgewerben beschäftigt werden, 3) Personen, welche von Gewerbetreibenden außerhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigt werden, 4) selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Haushandels), 5) die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Die §§ 3—10 behandeln die Gemeinde-Krankenversicherung. Für alte Personen unter § 1, welche nicht einer der später bezeichneten Krankenkassen angehören, tritt die Gemeinde-Krankenversicherung ein. Dieselben ist von der Gemeinde im Falle einer durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit Krankenunterstützung zu gewähren. Die Gemeinde kann von denselben Krankenversicherungsbeträgen erheben. § 5 lautet: Die Krankenunterstützung ist vom 4. Tage nach Eintritt der Krankheit an für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit, jedoch höchstens für dreizehn Wochen zu leisten. Ist die Krankheit Folge eines Unfalls, welcher den Versicherten bei dem Betriebe, in welchem er beschäftigt ist, betroffen hat, so ist die Krankenunterstützung vom Tage des Eintritts der Krankheit an zu leisten. Die Krankenunterstützung soll bestehen: 1) entweder in der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter neben Gewährung freier ärztlicher Behandlung und Arznei, 2) oder in zwei Dritteln des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter. Die Geldunterstützung ist wöchentlich postnumerando zu zahlen. § 6: Am Stelle der in § 5 vorgeschriebenen Leistungen kann frei Kur und Verpflegung in einem öffentlichen Krankenhaus gewährt werden, und zwar 1) für diejenigen, welche verheirathet oder Glieder einer Familie sind, mit ihrer Zustimmung oder, unabhängig von denselben, wenn die Art der Krankheit Anforderungen an die Behandlung der Verpflegung stellt, welchen in der Familie des Erkrankten nicht genügt werden kann, 2) für sonstige Erkrankte unbedingt. Hat der in einem Krankenhaus Unterbrachte Angehörige, deren Unterhalt er bisher von seinem Arbeitsverdiente bestritten hat, so ist neben der freien Kur und Verpflegung ein Drittel des in § 5 festgesetzten Krankengeldes zu leisten. Der Betrag des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter wird nach § 7 von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde festgesetzt. Die von der Gemeinde zu erhebenden Versicherungsbeiträge sollen, so lange nicht nach Maßgabe des § 9 etwas anderes festgesetzt ist, ein und ein halbes Prozent des ortsüblichen Tagelohnes betragen. Dieselben fließen in eine besondere Kasse, aus welcher auch die Krankenunterstützungen vollständig zu bestreiten sind. Reichen die Beiträge der Kranken-Versicherungskasse nicht aus, um die fällig werdenden Ausgaben derselben zu decken, so sind aus der Gemeindekasse die erforderlichen Vorschüsse zu leisten, welche ihr demnächst aus der Kranken-Versicherungskasse zu erstatten sind. Ergibt sich (§ 9) aus den Jahresabschlüssen, daß die gesetzlichen Kranken-Versicherungs-Beiträge durchschnittlich zur Deckung der gesetzlichen Kranken-Unterstützungen nicht ausreichen, so können mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörden die Beiträge erhöht, im entgegengesetzten Falle erniedrigt werden. Unter den von den Zentral-Behörden festzusezenden Voraussetzungen können die höheren Verwaltungsbehörden anordnen, daß für die Gemeinde-Kranken-Versicherung mehrere einzelne Gemeinden vereinigt werden, sowie daß an die Stelle der Gemeinden die Ortsarmenverbände oder höhere Kommunalverbände treten.

Die §§ 11—41 handeln von den Orts-Krankenkassen. Die Gemeinden sind berechtigt, für die unter die Vorschrift des § 1 fallenden, in ihrem Kreise beschäftigten Personen Orts-Krankenkassen zu errichten. Sie sind verpflichtet, auf Anordnung der höheren Verwaltungsbehörden solche Kassen zu errichten, wenn die Zahl der dem Versicherungswange unterliegenden Personen mindestens 50 beträgt.

Diese Kassen sollen in der Regel für die in einem Gewerbe ausgeübt oder in einer Betriebsart beschäftigten Personen errichtet werden. Beträgt die Zahl der in einem Gewerbe ausgeübt oder in einer Betriebsart beschäftigten Personen nicht mindestens 50, so sind dieselben mit den anderen beschäftigten Personen zu einer Ortskrankenfazie zu vereinigen. Die Kasse soll mindestens gewähren 1) eine Krankenunterstützung, welche nach den §§ 5—7 mit der Maßgabe zu bemessen ist, daß der durchschnittliche Tagelohn derjenigen Klassen der Versicherten, für welche die Kasse errichtet wird, soweit er drei Mark täglich nicht überschreitet, an die Stelle des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter tritt; und für den Todessfall eines Mitgliedes ein Sterbegeld im zwanzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes. Eine Erhöhung und Erweiterung der Leistungen der Kassen ist zulässig und die Dauer der Unterstützung kann auf ein Jahr ausgedehnt, das Krankengeld auf einen höheren Betrag festgelegt, für erkrankte Familienangehörige, welche nicht selbst dem Versicherungswange unterliegen, freie ärztliche Behandlung und Arznei gewährt, das Sterbegeld auf einen höheren Betrag erhöht, beim Tode der Eltern oder eines Kindes ein Sterbegeld gewährt werden. Auf weitere Unterstützungen, namentlich auf Invaliden-, Wittwen- und Waisen-Unterstützungen dürfen die Leistungen d. r. Ortskrankenfassen nicht ausgedehnt werden. Die Beiträge für die Kassen sind in Prozenten des ortsüblichen Tagelohnes so zu bemessen, daß die Leistungen und Verwaltungskosten sowie die Ansammlung oder Ergänzung des Reservefonds gedeckt werden. Für jede Kasse ist von der Gemeindebehörde nach Anhörung der Beteiligten ein Kassenstatut zu wählen, welches der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf. Das Recht auf die Unterstützungen ist mit dem Zeitraum des Eintritts als Mitglied, doch kann unter gewissen Voraussetzungen auch das Recht auf die Unterstützungen erst nach Ablauf einer Karenzzeit beginnen und von neu eintretenden Mitgliedern ein Eintrittsgeld erhoben werden. Die Karenzzeit darf den Zeitraum von 6 Wochen, das Eintrittsgeld den Betrag des für sechs Wochen zu leistenden Kassenbeitrages nicht übersteigen. Durch das Kassenstatut kann ferner bestimmt werden: 1) daß nach Ernehen des Kassenvorstandes Mitgliedern, welche gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert sind, die Unterstützung soweit gefürchtet werden kann, als sie, zusammen mit der anderweitigen Unterstützung den Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes übersteigen würde, 2) daß Mitgliedern, welche durch eigenes großes Verichthalen, Trunkfülligkeit u. s. w. sich die Krankheit zugezogen haben, die Unterstützung ganz oder zum Theil entzogen werden kann, 3) daß einem Mitglied, welches die Unterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Kalenderjahres für 13 Wochen bezogen hat, bei Eintritt einer neuen Krankheit, sofern dieselbe nicht durch einen Betriebsunfall herbeigeführt ist, die Unterstützung erst wieder genehmigt wird, wenn zwischen der letzten Unterstützung und dem Eintritt der neuen Krankheit ein Zeitraum von 13 Wochen oder mehr liegt. Kassenmitglieder, welche aus der bisherigen Beschäftigung ausscheiden und nicht zu einer Beschäftigung übergehen, vermöge welcher sie Mitglieder einer anderen Kassenzuge werden, bleiben so lange Mitglieder, als sie die Kassenbeiträge fortzahlen. Kassenmitglieder, welche ohne ihr Verschulden erwerbslos werden, behalten für die Dauer der Erwerbslosigkeit, jedoch höchstens für sechs Wochen (welche Frist das Kassenstatut verlängern kann) ihre Ansprüche auf die Leistungen der Kasse. Bei Errichtung der Kasse dürfen die Beiträge nicht über 2 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes und später nicht über 3 Prozent betragen. Der Reservefonds muß mindestens eine durchschnittliche Jahresausgabe betragen. Die Kasse muß einen von der Generalversammlung, welche auch die Jahresrechnung abzunehmen, über Änderung der Statuten zu beschließen u. s. w. hat, gewählten Vorstand haben. Verfügbare Gelder dürfen, außer in öffentlichen Sparzäsuren, nur ebenso wie die Gelder des Vorstandes angelebt werden. Die Mitglieder des Vorstandes und der Rendant der Kasse haften für die pflichtmäßige Verwaltung. Unter den von den Zentralbehörden festzulegenden Voraussetzungen können die höheren Verwaltungsbehörden anordnen, daß die Ortskrankenfazie statt für die einzelnen Gemeinden für mehrere Gemeinden gemeinsam oder für einen größeren Kommunalverband errichtet werden. Die Aufsicht über die Kasse wird unter Oberaufsicht der höheren Verwaltungsbehörden in den Städten von den Gemeindebehörden, auf dem Lande und für diejenigen Kassen, deren Bezirk sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckt von den seitens der höheren Verwaltungsbehörde zu bestimmenden Behörden wahrgenommen. Mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde kann die Aufsichtsbehörde sämtliche oder mehrere Ortskrankenfassen ihres Bezirks nach Anhörung der Generalversammlungen zu einem Verbande zum Zweck der Anstellung eines gemeinsamen Kassenmandanten und der Abschließung gemeinsamer Verträge mit Aerzten, Apotheken und Krankenhäusern vereinigen. Sint die Zahl der Mitglieder einer Kasse dauernd unter 50, so hat die Aufsichtsbehörde, sofern nicht nach dem Urteil der höheren Verwaltungsbehörde die Leistungsfähigkeit durch vorhandenes Vermögen oder anderweitig gesichert erscheint, die Kasse aufzulösen und die Mitglieder anderen Kassen zu überweisen. Das etwa noch vorhandene Vermögen fällt, soweit es nicht zur Deckung von Unfällen verwendet wird, denjenigen Kassen zu, welchen die Mitglieder der aufgelösten Kasse überwiesen werden.

Die §§ 42—48 enthalten „gemeinsame Bestimmungen für die Gemeinde-Krankenversicherung und für die Ortskrankenfassen“ und handeln von der Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung der beschäftigten Personen, die Beiträge derselben pränumerando einzuzahlen, u. s. w. — Die §§ 49—59 betreffen die Fabrik-Krankenfassen. Krankenfassen, welche für einen der im § 1 bezeichneten Betriebe oder für mehrere dieser Betriebe gemeinsam in der Weise errichtet werden, daß auf dem Wege des Arbeitsvertrages die beschäftigten Personen zum Beitritt verpflichtet werden, unterliegen besonderen Vorschriften. Unternehmer eines Betriebes, in welchem fünfzig oder mehr dem Krankenversicherungswange unterliegenden Personen beschäftigt werden, sind berechtigt und auf Anforderung der höheren Verwaltungsbehörde verpflichtet, eine Fabrik-Krankenfazie zu errichten. Mehrere Unternehmer, die zusammen regelmäßig 100 oder mehr Personen beschäftigen, sind berechtigt, eine gemeinsame Fabrik-Krankenfazie zu errichten. Unternehmern von mit besonderer Krankheitsgefahr verbundenen Betrieben können auch bei weniger als 50 beschäftigten Personen zur Errichtung einer Kasse angehalten werden. Unternehmern von Betrieben mit weniger als 50 Personen kann die Errichtung einer Kasse gestattet werden, wenn die Leistungsfähigkeit der selben nachgewiesen wird. Im Übrigen gelten auch für diese Kassen mit den erordlichen Abänderungen die Bestimmungen über die Ortskrankenfassen. Die Unternehmer sind verpflichtet, die Beiträge in die Kasse einzuzahlen und zu einem Drittel aus eigenen Mitteln zu leisten. — Die §§ 60 bis 63 handeln von den Bau-Krankenfassen, welche für die bei Eisenbahn-, Kanal-, Wege-, Strom-, Deich- und Festungsbauten beschäftigten Personen von den Bauherren errichtet werden müssen. Durch Anordnung der Verwaltungsbehörde kann die gleiche Verpflichtung den Unternehmern sonstiger vorübergehender Baubetriebe, welche zeitweilig eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigen, auferlegt werden. — § 64 betrifft die Innungskrankenfassen, welche auf Grund der Vorschriften des Titels VI. der Gewerbeordnung errichtet werden, für welche die Vorschriften für die vorgedachten Kassen, soweit dieselben Anwendung finden können, in Kraft treten. Im Übrigen bleiben für diese Kassen die Vorschriften der Gewerbeordnung im Kraft. Die §§ 65 und 66 handeln von dem Verhältnis der Knappfach-Krankenfassen und der eingeschriebenen Hilfsfassen zur Krankenversicherung. Für die Mitglieder der aus Grundbergschafflicher Vorschriften errichteten Krankenfassen tritt weder die Gemeinde-Krankenversicherung, noch die Verpflichtung, einer nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes errichteten Krankenfassen anzugehören, ein. Dasselbe gilt von den eingeschriebenen Hilfsfassen, wenn diese ihren Mitgliedern mindestens dieselben Leistungen, wie die Gemeinde-Kranken-Versicherung, gewähren.

Die §§ 67 und 68 enthalten Strafbestimmungen. Für die Verzämmnis der An- und Abmeldung ist Geldstrafe bis zu 20 Mark zu verhängen. Arbeitgeber, welche ihren Arbeitern mehr als die zulässigen Beiträge (zwei Drittel der Beiträge), in Anrechnung bringen, sind mit Geldstrafe bis zu 300 Mark zu bestrafen. — Die §§ 69—72 enthalten Nebengang und Schlußbestimmungen. Bestehende Krankenfassen mit Beitragspflicht unterliegen den Vorschriften dieses Gesetzes. Wenn diese auch als Invaliden-, Wittwen- und Waisenpensionen gewähren, so treten für sie besondere in § 70 näher bezeichnete Bestimmungen in Kraft. § 71. Das Gesetz, betreffend die Änderung des Titels VIII. der Gewerbeordnung vom 8. April 1876 wird aufgehoben. Das Gesetz über eingeschriebene Hilfsfassen vom 7. April 1876 findet auf die unter die Vorschriften über die Ortskrankenfassen u. s. w. fallenden keine Anwendung mehr. Der letzte Paragraph (72) bestimmt, daß das Gesetz vom 1. Januar 1883 in Kraft treten soll.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 13. April.

— Konzert. Wir machen unser musikliebendes Publikum nochmals auf das heute Abend in Lambert's Saal stattfindende Konzert der Ille, Nordica und Mr. Miranda aufmerksam. Das ausführliche Programm brachte unsere heutige Vorgennummer.

— Schneidemühl, 11. April. [Klassensteuerrolle.] Kirchenbeiträge. Zuwendung. Nach der Klassensteuerrolle für das Etatjahr 1882 bis 1883 beträgt die Zahl der zur Haushaltung gehörenden Personen oder der Einzelsteueranten in Schneidemühl 10,779; der klassifizierten Einkommenssteuer unterliegen 354 Personen. Personen, deren Jahreseinkommen den Betrag von 420 Mark nicht erreicht, sind 2022 vorhanden. Militärpersonen, Inhaber des Eisernen Kreuzes und Veteranen von 1806 bis 1815, welche gleichfalls von der Steuer befreit sind, gibt es hier 38. Personen mit beeinträchtigter Leistungsfähigkeit mit einem Jahreseinkommen von 420 bis 600 M. sind 1009. Es bleiben somit 7356 Steuerzahler. Zur ersten Steuerstufe gehören 1070, zur zweiten 312, zur dritten 127, zur vierten 149, zur fünften 80, zur sechsten 61, zur siebten 40, zur achten 50, zur neunten 36, zur zehnten 36, zur elften 29 und zur zwölften 14 Steuerpflichtige. Von den Steuerpflichtigen der ersten Stufe werden gesamt 3210 M., der zweiten 1872 M., der dritten 1143 M., der vierten 1788 M., der fünften 1440 M., der sechsten 1404 M., der siebten 1200 M., der achten 1800 M., der neunten 1512 M., der zehnten 1728 M., der elften 1740 M. und der zwölften Stufe 1008 M., zusammen 19,905 M. — Im vorigen Jahre wurde von den Repräsentanten der hiesigen evangelischen Gemeinde in Folge eines eingereichten Antrages beschlossen, daß vom Etatjahr 1882 bis 1883 ab bei der Reparation der Küchenbeiträge auch die Grund- und Gebäudesteuern in Betracht gezogen werden sollten. Dieser Beschluß ist in der letzten Sitzung der Repräsentanten wieder aufgehoben worden und werden die Beiträge wie bisher nach dem alten Modus repartiert werden. In derselben Sitzung ist auch beschlossen worden, die Lehrer der evangelischen Volksschule von den Kirchensteuern freizulassen. — In diesen Tagen sind durch die königliche Regierung zu Bromberg die üblichen Zuwendungen an die Lehrer des diesjährigen Bezirks zur Vertheilung gelangt. Auch einige hiesige Lehrer sind mit Beiträgen von 50 bis 60 Mark bedacht worden.

## Staats- und Volkswirtschaft.

— Wien, 12. April. [Die Generalversammlung der österreichischen Bodenkredit-Anstalt] genehmigte den Geschäftsbericht des Verwaltungsraths und nahm die Anträge derselben hinsichtlich der Verwendung des Reingewinnes, wonach eine Superdividende von 7 Goldgulden, resp. 17½ Francs per Aktie zur Ausszahlung gelangt, ein blos an. Sämtliche ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsraths wurden wieder gewählt.

— Amsterdam, 12. April. [Kaffee-Auktion.] Die heute von der niederländischen Handelsgesellschaft abgehaltene Kaffee-Auktion eröffnete für Nr. 1 zu 30½ à 31½, Nr. 9 34½ à 34½, Nr. 12 28½ à 40½, Nr. 14 33½, Nr. 16 28½ à 29, Nr. 22 29½ à 30, Nr. 24 28½ à 29½, Nr. 25 28½ à 29 Cent.

## Bermischtes.

\* Wien, 8. April. [Ein Vermieter vom Ringtheater.] Das Hüfkomite zur Unterstützung der Hinterbliebenen der beim Brande des Ringtheaters Verunglückten ist, wie sich jetzt herausstellt, das Opfer eines raffinierten Betrugses geworden. Die "Presse" meldet hierüber Folgendes: Am Tage nach der Katastrophe meldete eine Frau Gertler, in Wien wohnhaft, daß ihr Mann beim Brande verunglückt sei; er habe vorgegeben, daß Ringtheater besuchen zu wollen und sei nicht wieder heimgekehrt. Frau Gertler, die Mutter von vier Kindern im Alter von 1½ bis 13 Jahren ist und sich in reduzierten Verhältnissen befindet, war dem Wahninna nahe über den schweren Verlust, der sie betroffen. Das Hüfkomite sandte ihr sofort 200 Gulden und sprach ihr später eine Jahresrente von 360 Gulden zu. Da erhielt gestern die Polizeidirektion in Wien einen anonymen Brief aus einem ungarischen Dorfe, welcher meldet, daß Josef Gertler sich dort in stiller Zurückgezogenheit aufhalte. Nun wurde Bettina Gertler verhaftet. Polizeirath Appel unterfragte sie einem längeren Verhör, in welchem sie endlich gestand, im Einverständnis mit ihrem Gatten gehandelt zu haben. Es sei bei Verzweiflungsschritt gewesen — nur so hätten sie in ihrer Verdrängnis eine Rettung zu finden gehofft. Die Polizei ließ sofort in der Gertler'schen Wohnung eine Durchsuchung vornehmen, bei welcher man eine längere Korrespondenz zwischen den beiden Ehegatten vorfand. So war es also richtig, was der anonyme Brief aus Ungarn meldet, Gertler ist am Leben. Bettina Gertler blieb heute noch in polizeilichem Gewahrsam und wird morgen dem Landgerichte, bei welchem die Anzeige bereits erstattet ist, eingeliefert werden. Die vier Kinder wurden dem Magistrat übergeben. Es wurde ferner telegraphisch die Verhaftung Gertlers angekündigt.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 12. April. S. M. S. "Hertha", 19 Geschütze, Kommandant Raian zur See p. Kall, ist am 15. Februar c. in Kobe, S. M. Kanonenboot "Möve", 5 Geschütze, Kommandant Korvettenkapitän v. Kyckisch, am 1. Februar c. in Auckland eingetroffen.

Darmstadt, 12. April. Die erste Kammer hat den von der zweiten Kammer gefassten Beschluß, wodurch die Regierung erachtet wird, bei fortwährend schwacher Frequenz der technischen Hochschule deren Aufhebung in Betracht zu ziehen, abgelehnt und, ebenfalls abweichend von dem Beschuß der zweiten Kammer, die Mittel für alle Vorschulen der Gymnasien bewilligt.

Wien, 11. April. Der Kaiser stattete heute Mittag den hier eingetroffenen Prinzen Luitpold, Arnulf und Ludwig von Bayern, sowie der Prinzessin Therese von Bayern Besuch ab. Im Laufe des Tages erhielten die königlichen Gäste die Besuche des Kronprinzen und der Kronprinzessin und der übrigen Mitglieder des kaiserlichen Hauses.

Wien, 12. April. [Offiziell.] FML. Dahlens meldete am 7. d. M. Nachmittags:

Mehrere Nachrichten, sowie der Niederfall bei Igovci, der einer Abteilung Freiwilliger von der Truppenabteilung des Obersten Langer in der Nacht vom 1. zum 2. d. Mts. gelungen sei, deuteten darauf hin, daß größere Schwärme von Aufständischen und namentlich von den am 28. v. Mts. von Tientista vorwärts drängten in dem Raum zwischen Sadjici, Grandici und Curovo sich aufzuhalten könnten. FML Dahlen wurde dadurch obwohl nach den jüngsten Erfolgen ein positives Resultat kaum zu erwarten war, bewogen, den Generalmajor Obadich nach dem Abschluß der Operationen gegen Celebic mit einer Streifzug in dem gebrochenen Raum am linken Drinaufer zu beauftragen, hauptsächlich um diese Gegend, welche das letzte Zufluchtsgebiet großerer Banden aus dem verirrten Territorium ist und welche von den Truppen nur selten verhübt wurde, gründlich durchstreifen zu lassen. Gleichzeitig meldete FML Dahlen, daß die Operationen nach den vom Generalmajor Obadich gestellten detaillierten Anträgen eingeleitet seien. Nach diesen Anträgen sollten 5 Kolonnen die Gegend von Lubini, Grandici, Igovci, Koman und Ostra Glava befreien, die Hauptkolonne sollte am 9. d. Mts. von Igovci aus über Sadjici, Curovo, Tientista, Urfali und Poposmoß gegen Grandici hin streifen. Wie FML Dahlen unterm 11. d. Mts. Abends berichtet, ist diese Operation dem Entwurfe gemäß durchgeführt und dabei die Überzeugung gewonnen worden, daß größere Insurgentenschaaren in jener Gegend nicht mehr vorhanden sind. Um ein Zurückfliehen der Insurgenten zu erschweren, wurde die Besetzung einiger Orte angeordnet. FML Jovanovic meldete unter dem 8. d. Mts., daß die Insurgenten Tags vorher einen Posten bei Goli Orb erfolglos angegriffen haben und daß an demselben Tage ein Soldat vom 43. Infanterieregiment beim Wasserholen erschossen, ein anderer vom 14. Infanterieregiment durch einen Schuß leicht verwundet wurde.

**Wien**, 12. April. Heute Mittag fand in dem fürstlich Liechtensteinischen Majoratspalais in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin, des Kronprinzen und der Kronprinzessin, der Erzherzöge und Erzherzoginnen, des bayerischen Gesandten Grafen Brax in Vertretung des Königs von Bayern, der Prinzen Luitpold, Ludwig und Leopold von Bayern, der Herzöge von Nassau und von Cumberland und deren Gemahlinnen, sowie zahlreicher hoher Gäste, die Trauung des Prinzen Arnulf von Bayern mit der Prinzessin Therese Liechtenstein durch den Kardinal Fürst-Erzbischof von Fürstenberg statt. Nach dem Trauungssakre empfingen die Neuvermählten die Glückwünsche der Anwesenden. Die Neuvermählten werden zwei Tage auf Schloß Warfstein verbringen und dann die Hochzeitsreise nach Italien antreten.

**Wien**, 12. April. Der "Deutschen Zeitung" wird aus Ragusa gemeldet, die in der vergangenen Woche zu dem Fürsten von Montenegro berufenen Insurgentenhefs Subotic und Ceric hätten auf die Aufforderung, sich zu unterwerfen, folgende Bedingungen gestellt: Allgemeine Amnestie, Zurückgabe der in der Woche konfiszirten Waffen, Aufbau der zerstörten Häuser, Befreiung von Steuern auf 3 Jahre und vollkommene Befreiung vom Landwehrdienste. Der Fürst habe diese Bedingungen für unannehmbar erklärt.

**Pest**, 11. April. Nach weiteren aus den verschiedenen Landesteilen hier eingegangenen Nachrichten sind durch die Frösche in den letzten Tagen das Frühjahr, der Raps und die frühzeitig sprühenden Trauben stark geschädigt worden, die Saaten aber haben bis jetzt größtentheils keinen Schaden ge-  
litten.

**Rom**, 11. April. Der König von Württemberg ist heute Nachmittag von Florenz hier eingetroffen und am Bahnhofe von dem Könige Humbert und dem Palastpräfekten begrüßt worden. Se. Königl. Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen stattete dem Könige heute Nachmittag einen Besuch ab.

**Rom**, 12. April. Der Papst empfing heute den Besuch Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen, welcher von dem Gesandten von Schlözer und von seinem Gefolge begleitet war. Se. Königl. Hoheit stattete darauf dem Kardinal-Staatssekretär Jacobini einen Besuch ab.

**Rom**, 12. April. Der diesseitige Botschafter in Konstantinopel, Graf Corti, ist hier eingetroffen.

**Belgrad**, 12. April. Der russische Ministerresident, Staatsrat v. Persiani, wird demnächst in Urlaub nach Petersburg reisen. Ob derselbe auf seinen Posten zurückkehren wird, ist fraglich. — Der König tritt am Donnerstag seine Rundreise an; es ist noch ungewiß, welcher Minister ihn begleiten wird. Die Königin und der Thronfolger werden mit dem König bis Schabatz fahren.

**Serajewo**, 12. April. Durch Ministerial-Erlaß wird die Ausfuhr von Pferden, Eiern und Tragthieren aus Bosnien und der Herzegowina nach Serbien und Montenegro bis auf Weiteres verboten.

**Kairo**, 12. April. Die verhafteten tscherkessischen Offiziere hatten eine Versammlung abgehalten, um eine Petition aufzufassen, in welcher der Kriegsminister um Zurücknahme ihrer Verhaftung nach dem Sudan ersucht werden sollte. Hierbei hatte einer der Offiziere, einen Revolver in der Hand haltend, Drohungen gegen Arabi Bey ausgestoßen. Diese Thatsachen wurden denunziert und alle Offiziere verhaftet.

**Newyork**, 12. April. Die Hamburger Postdampfer "Cimbra" und "Albingia" sind hier eingetroffen.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Bojen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

#### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
12. Nachr. 2	752,0	NW mäßig	heiter <sup>1)</sup>	+10,0
12. Abends. 10	753,5	NW schwach	heiter	+ 3,3
13. Morgs. 6	751,8	W schwach	halbheiter Rf.	+ 1,3

<sup>1)</sup> Niedenhöhe: 2,0 mm.

Am 12. Wärme-Maximum +11°6 Cels.

= = Wärme-Minimum + 0°8 =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

= =

## Produkten-Börse.

Berlin, 12 April. Wind: NW. Wetter: Heiter.  
Weizen per 1000 Kilo lofo — M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmld. — bezahlt, defetter polnischer — Mark, ab Bahn, per April — M. bezahlt, per April-Mai 228—229½—229 bezahlt, per Mai-Juni 219—219½ bezahlt, per Juni-Juli 218—218½ bezahlt, per Juli-August 213 bezahlt, per September-Oktöber 208½ bezahlt. — Gekündigt 27000 Sentner. — Regulierungspreis 228½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo lofo 147 bis 165 Mark nach Qualität gefordert, inländischer — Mark ab Bahn bezahlt, exq. do. — M. v. Bahn bezahlt, def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer, polnischer u. galizischer 147—153 M. ab Bahn bezahlt, per April 156—156½—156½ bezahlt, per April-Mai 155—156—156½ bezahlt, per Mai — bezahlt, per Mai-Juni 154—155—155½ bezahlt, per Juni-Juli 153—154 bezahlt, per Juli-August 152—153—153 bezahlt, per September-Oktöber 152—153 bezahlt. Gekündigt 9000 Ztnr. Regulierungspreis 155½ M. — Gerste per 1000 Kilo lofo 129—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo lofo 125 bis 170 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 127 bis 141 bezahlt, öst. und westpreußischer 137 bis 150 bezahlt, pommerischer und Uckermärker 127 bis 145 bezahlt, schlesischer 140 bis 155 bezahlt, f. do. 157—161 M. bezahlt, böhmischer 140—155 bezahlt, f. do. 157—161 M. bezahlt, sein weiß-meslburgischer ab Bahn bezahlt, per April — bezahlt, per April-Mai 132 bezahlt, per Mai-Juni 133 bezahlt u. Cd., per Juni-Juli 135 bezahlt, per Juli-August 136½ bezahlt. Gekündigt 5000 Ztnr. Steinöl

Berlin, 12 April. Die gestern zum Durchbruch gelangte feste Tendenz übertrug sich auch auf das heutige Geschäft, und wenn selbst der Verkehr eine größere Lebhaftigkeit nicht entwickelte, so deuten doch alle Anzeichen darauf, daß die Disposition der Börse eine durchaus günstige ist. Die günstige Konstellation in der Politik, die in den gegenwärtigen Veränderungen im russischen Ministerium einen neuen Belag erfahren hat, kann nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung des Börsengeschäfts bleiben und übt auch bereits namentlich auf die wiener Börse eine animierende Wirkung aus. Wie man dort allgemein glaubt, wird unter diesen Umständen besonders die Fortsetzung der ungarischen Renten-Konvention gefördert werden können. Hier schloß man sich zwar der steigenden Bewegung an, hielt jedoch eine gewisse Reserve für angezeigt, die sich von vorn herein in dem beschränkten

## Bonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 12. April 1882.

Brennholz Bonds aus Geld-Course.

Breisg. Com. Anl. 104,70 b

do. neue 1876 101,60 B

Staats-Anleihe 100,90 B

Stadt-Schuldt. 99,00 b

Ob. Deich.-Obl. 102,60 G

Berl. Stadt-Obl. 95,50 b

Göldv. d. B. Rsm. 108,00 G

Piandb. ritter. 104,60 G

Piandb. Central 101,00 b

Rnt. u. Reumärk. 95,25 b

do. neue 91,00 B

do. 101,50 b

do. neue 91,00 G

R. Brandbg. Kreb. 91,00 G

Övreurop. 100,40 B

do. 4

Befvr. ritter. 91,00 b

do. 100,70 B

do. L. B. 100,40 b

do. II Serie 103,80 b

Reudtsch. II. Serie 100,30 B

do. do. 103,70 b

Bosnische, neue 100,30 G

Östl. 100,50 G

Württ. 91,10 B

Württ. 100,60 b

do. 102,20 b

Schlesische alt. 93,10 G

do. alte A. 100,50 b

do. neue I. 4

Rentenbriefe: Rnt. u. Reumärk. 100,60 b

Württ. 100,60 G

Boenesche 100,60 b

Württ. 100,60 b

Reichs- u. Wettfäl. 101,00 B

Württ. 100,90 b

Schlesische 100,90 b

20-Französis. 16,22 G

do. 500 Gr.

Dollars

Imperialis

do. 500 Gr.

Engl. Banknoten 20,42 b

do. eindl. 80. Leipz.

Französ. Banknot.

Deutsch. Banknot.

do. Silbergulden

Russ. Noten 100 Rubl.

Deutsche Bonds.

Deutsch. Reichs-Anl. 101,30 b

R. A. 5,50 a 100 Rubl.

Hess. Deich. a 40 Th.

Bad. Pr. A. 67.

do. 35 ff. 67.

Bair. Pr. A. 134,40 b

Braunsch. 20 thl. L.

Grem. Anl. v. 1874

Görl. Wd.-Pr. Anl. 128,40 b

Deff. St. Pr. Pf. Anl. 120,00 b

Wott. Pr. Pf. 118,00 b

Hamb. 50-Thlr.-L. 187,75 b

Görl. Pr. A. 187,75 b

Wiedb. Eisenbahn. 181,00 b

Meining. Rente 27,20 b

do. Pr. Pf. 118,40 b

Oldenburger Losf. 149,90 b

D.G.-E. B. Pf. 110,5 108,60 b

do. do. 103,70 b

do. 102,20 b

Rein. Hyp. B. 101,00 b

Ried. Gdrt. H.-L. 100,10 G

Wiem. Wm. 15,50 b

W